

Ausbaggern der Unterweser

Grotelüschen begrüßt neues Gesetz

WESERMARSCH. Mit dem sogenannten Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz (MgvG) soll die Umsetzung von wichtigen umweltfreundlichen Verkehrsprojekten beschleunigt werden. Der Deutsche Bundestag hat dem von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) vorgelegten Gesetz am vergangenen Freitag zugestimmt. Somit kann der Bundestag per Gesetz die Genehmigung für große Infrastrukturprojekte wie den Ausbau des Schienennetzes oder von Wasserwegen erteilen.

„Mit dem Antrag wird unter anderem die Maßnahme Unterweser wieder in die Projektliste aufgenommen“, freut sich Astrid Grotelüschen (CDU). Sie ist Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Delmenhorst, Wesermarsch und Oldenburg Land. Das beschlossene Gesetz sei eine gute Nachricht für den Standort Wesermarsch und die Hafenwirtschaft.

„Umsetzung dauert zu lange“

Die niedersächsische Landesregierung drängte bisher auf die Fahrrinnenvertiefung zwischen Brake und Bremerhaven. In Bremen sieht der politische Wille anders aus. Das rot-grün-rote Regierungsbündnis sieht ein Ausbaggern der Unterweser kritisch. Durch das MgvG kann Baurecht durch Gesetz geschaffen werden und nicht mehr wie üblich durch Verwaltungsverfahren. „Viele wichtige Infrastrukturprojekte, ob Straße, Schiene oder Wasser, brauchen in der Umsetzung viel zu lange. Mit dem beschlossenen Gesetz steuern wir nun von Bundesseite gegen, beschleunigen die Verfahren und bauen Bürokratie ab“, meint Grotelüschen.